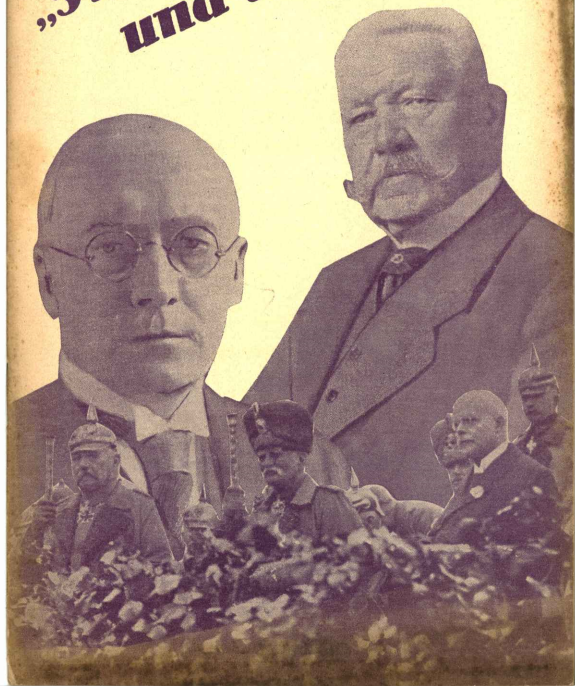


10 Pfennig

# „Für Religion und Vaterland“



# „Für Religion und Vaterland“

Von Luise Dornemann



„Ihr seid auf Grund Eures Taufgelübdes verpflichtet, heute dem König Christus zum Siege zu verhelfen. Das Sakrament der Firmung, das Ihr alle empfangen, fordert von Euch, heute den König Christus vor den Menschen zu bekennen, und ich bitte und flehe Euch als Statthalter Jesu Christi in seinem Namen an, heute das Kreuz in jenen Ring zu machen, von dem Ihr wißt, es gilt einer Partei, die dem Kreuz zu seinem Recht verhelfen will. . . . Das Fest König Christi soll ein Marktstein sein, daß alle Katholiken heute geschlossen zum Wahllokal gehen sollen.“

So predigte vor Jahresfrist, am Tage der Wahlen, in Baden der Pfarrer der Herz-Jesu-Kirche in Mannheim.

So und ähnlich haben bei allen Wahlen die katholischen Priester gesagt, und auch jetzt, anläßlich der Reichstagswahlen, hat der „Volksverein für das katholische Deutschland“ ein Flugblatt herausgegeben, in dem es heißt:

„Die Kommunisten haben den Schlachtruf ‚Vernichtung der Kirche Christi‘, sie richten ihre Angriffe gegen Kirche, Schule, Ehe und Familie.“

„Die Religion ist in Gefahr!“

So ruft man der christlichen Arbeiterschaft zu. Darum gebt eure Stimme der Zentrumsparlei, in der alle Katholiken zusammenstehen müssen zum Schutz ihrer religiösen Belange, damit die Welle des Kulturbolschewismus sie nicht überflutet! Kampf den Bolschewisten, Kampf dem Kommunismus, Kampf dem proletarischen Freidenkertum!

Die katholische Zeitschrift „Die Schildwache“ verlangt sogar, daß die mittelalterlichen Scheiterhaufen und Galgen wieder gegen die revolutionäre Bewegung angewandt werden sollen. Du, christlicher Arbeiter, bist du auch der Auffassung, daß die Hetze gegen die revolutionären Arbeiter und die Kommunistische Partei in deinem Interesse liegt? Du kennst den Kommunisten und den proletarischen Freidenker als deinen Arbeitsbruder, der mit dir die gleiche Last trägt, der wie du leidet, unter Kurzarbeit, gesteigerter Ausbeutung, ständig sinkenden Löhnen und dem steten Gespenst der Erwerbslosigkeit. Bist auch du der Meinung, daß man die kommunistischen Arbeiter, die stets in erster Reihe für die Verbesserung auch deiner Lebenshaltung kämpften, mit Scheiterhaufen und Galgen austrotten muß?

## Die protestantischen Junker und gottlosen Liberalen

Was aber treibt die Zentrumsparlei dazu, eine solche Politik gegenüber den Kommunisten zu machen? Was treibt sie dazu, euch zu sagen, wenn ihr nicht Zentrum wählt, wird euch der Bolschewismus alle ins Verderben stürzen? Wenn du dir die Politik und die Zusammensetzung der



Zentrumsparlei etwas näher betrachtet, wirst du selbst die Antwort auf diese Frage finden.

Die Zentrumsparlei sagt zwar, daß sie die Partei sei, die das Wohl der Arbeiterschaft im Auge habe. Wenn die christlichen Arbeiter vor dem Kriege über ihre schlechte Lage klagten, haben die Zentrumsführer immer erklärt, daß das soziale Programm der Zentrumsparlei nicht in die Praxis umgesetzt werden könnte, weil an der Spitze des Staates die protestantischen Junker und die gottlosen Liberalen ständen. Damals haben die christlichen Arbeiter das geglaubt und gewartet, bis endlich eine bessere Zeit käme, wo das Zentrum seine guten Absichten in die Tat umsetzen könnte. Seit 1918 sitzt nun das Zentrum ununterbrochen in der Reichsregierung und in der preußischen Regierung, ja, es hat sogar im Reich fast immer das Arbeitsministerium in Händen gehabt. Was ist seitdem für die Arbeiterschaft geschehen?

In den ersten Tagen nach der Revolution von 1918, als die deutschen Kapitalisten aus Furcht vor der Arbeiterschaft zitterten, gab die Zentrumsführung sich den Anschein, als ob sie wirklich fortan die Arbeiter als gleichberechtigte Mitglieder anerkennen würde. Die „linken“ Führer Erzbberger und Wirth traten in den Vordergrund, Imbusch, der Bergarbeiterführer, ließ sogar in öffentlichen Versammlungen „die Unternehmerköpfe auf Pilaster rollen“. Aber als die Gefahr vorüber war, als der kapitalistische Staatsapparat sich wieder geestigt hatte, waren auch all die schönen Worte vergessen, die man in der Stunde der Not gegenüber der Arbeiterschaft gefunden hatte. Schon im Jahre 1923 beteiligte sich die Zentrumsparlei an der von Ebert eingesetzten Diktatur des Generals Seeckt, und der Zentrumsarbeitsminister Brauns nahm die günstige Gelegenheit wahr, schleunigst den 8-Stundentag abzuschaffen.

## **Raffende Kapitalisten und prassende Fürsten**

Auch im übrigen tat das Zentrum alles, um nach dem nummehr überwundenen Schrecken die Kapitalisten doppelt und dreifach zu entschädigen. Bei dem 715-Millionen-Geschenk, das im Jahre 1923 die Ruhrindustriellen erhielten, war das Zentrum in hervorragendem Maße beteiligt.

Erinnert du dich noch der Haltung, die das Zentrum einnahm, als das deutsche Volk sich emmütig dagegen erhob, daß den räuberischen Fürsten, die ohnehin in Luxus schwelgen, auf Kosten des notleidenden Volkes weitere Riesensummen nachgeworfen werden sollten, als die Arbeiter verlangten, daß die Schlösser und Parks für die notleidende Jugend und die Kriegskruppal zur Verfügung gestellt werden sollten? Damals war es gerade das Zentrum, das für die Fürsten Geld in Hülle und Fülle hatte.

Die Bischöfe bezeichnen den Volksentscheid zur Fürstenteilung als Diebstahl, und am 18. April 1926 sagte der Abgeordnete Schulte im Auftrage der Zentrumsfraktion im Reichstag:

„Eine solche entschuldigungslose Enteignung bedeutet nicht nur einen Eingriff in das formale Recht, ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit in höherem Sinne, sie ist auch mit der kirchlichen Auffassung vom Schutz des Eigentums nicht in Einklang zu bringen. Der Entschuldigungsverwurf ist geeignet, die Befähigkeit der breiten Volksmassen (damit bist auch du gemeint, christlicher Arbeiter) zu erregen“.

Christlicher Arbeiter, verstehst du, was dieser Zentrumsführer dir sagt? Wenn die Fürsten, die Reichtum im Überfluß besitzen, das deutsche Volk, das ohnehin die ganze Not eines verlorenen Krieges zu tragen hat, bis auf die letzte auspresen, dann steht das im Einklang mit der christlichen Auffassung vom Eigentum. Wenn du aber verlangst, daß man statt dessen

Mittel für deine Kinder, die durch den Krieg unendlich gelitten haben, bereitstellt, wenn du verlangst, daß man sorgt für die vielen, die im Kriege ihre Gesundheit eingebüßt haben, für die Familien, die ihren Vater und Ernährer verloren, dann ist das unchristliche Egochlichkeit!

Dasselbe Zentrum, welches dir gegenüber stets betont, daß alle Katholiken zusammenhalten müssen gegen Protestanten und Ungläubige, beauftragt seine Führer, wenn es für die Kapitalisten zweckmäßig ist, zusammen mit den protestantischen Junkern und den gottlosen Liberalen zu regieren, wie das zur Zeit geschieht, um dir, christlicher Arbeiter, das Fell über die Ohren zu ziehen und sich mit den „Glaubensleinden“ die Beute zu teilen.

In dem jetzt aufgelösten Reichstag hat das Zentrum gemeinsam mit den übrigen bürgerlichen Parteien eine Politik betrieben, die die Lage der werktätigen Bevölkerung ungeheuer verschlechtert. Riesensummen wurden bewilligt für die Kapitalisten und ihren Staat, ungeheure Zölle und Steuern beschlossen, mit denen man diese Summen aus den Werktätigen, also auch aus den Massen der christlichen Arbeiter, herauspreußt.

## **Wer da hat, dem wird gegeben**

Das Zentrum stimmte für den Fortfall der Industriebelastung, was gleichkommt einem jährlichen Geschenk von 330 Millionen an die großen Industriellen.

Das Zentrum stimmte für den Fortfall der Rentenbankschuld der Landwirtschaft, also ein Geschenk von 85 Millionen jährlich an die Großagrarien.

Das Zentrum stimmte für die Herabsetzung der Grundsteuer um 20 Prozent, gleichfalls ein Geschenk von 200 Millionen jährlich an die Großgrundbesitzer.

Das Zentrum stimmte für die Senkung der Einkommensteuer durch Auseinanderziehung der Steuerstufen, was gleichkommt einem Geschenk von über 400 Millionen Mark jährlich an die Großunternehmungen.

Das Zentrum stimmte für die Aufhebung der Kapitalertragssteuer, was gleichkommt einem Geschenk von 100 Millionen Mark an große Vermögensbesitzer.

## **Weitere Belastung der Wertlügen**

Gleichzeitig stimmte aber das Zentrum für die Erhöhung der Lohnsteuer, was eine Mehrbelastung der Arbeiter von 155 Millionen Mark im Jahr ausmacht für die Erhöhung der Beförderungssteuer, was gleichkommt einer Erhöhung der Tarife bei Eisenbahn, Straßenbahn usw.

Das Zentrum bewilligte alle Zölle, im ganzen 1315 Millionen Mark. Du weißt, um wieviel die Lebensmittelpreise auf Grund dieser Zölle bereits gestiegen sind. Sie werden noch weiter steigen. Mit Zustimmung des Zentrums beschloß der letzte Reichstag Erhöhung der Biersteuer auf 640 Millionen Mark im Jahr, außerdem die Schaffung neuer Massensteuern, die weitere 219 Millionen Mark bringen sollen. Jede dieser Zahlen ist eine schreckliche Anklage und zugleich ein Dokument unerbittlichen Volksbetruges durch das Zentrum.

## **Warum katholische Aktion?**

Durch die Reihen der betrogenen Zentrumsarbeiter geht angesichts dieser Politik, die allen Lehren des Christentums — so wie du sie verstehst — ins Gesicht schlägt, eine Welle ungeheurer Empörung. Schon bei der

Reichstagswahl des Jahres 1928 quittierte die Zentrumswählerschaft, indem sie in Scharen der Zentrumspartei den Rücken kehrte und sich der Kommunistischen Partei zuwandte, die allein die Interessen der Arbeiter vertreten hatte. Bei den Wahlen von 1928 verlor das Zentrum eine halbe Million Arbeiterstimmen. Dieser Stimmenverlust, der unzweideutig den Willen der Zentrumsarbeiter kundgab, war aber nicht etwa der Anlaß, daß das Zentrum nunmehr seine Politik änderte. Vielmehr zeigte sich deutlicher als je, daß die Arbeiter, Kleinbauern und Mittelständler, die 90 Prozent der Zentrumswählerschaft ausmachen, nur Stimmvieh sein sollen. Die Zentrumsführer wichen keinen Schritt von der begonnenen Politik ab, sondern begannen mit jedem Tag offener und brutaler die Interessen der Besitzenden zu vertreten. Um aber trotzdem die Arbeiter zu fesseln und so deren Ausbeutung zu sichern, wurde mit aller Energie an den Aufbau der katholischen Aktion herangegangen. Dieselben Zentrumsführer, die mit den evangelischen und liberalen kapitalistischen Parteien gegen ihre Glaubensgenossen Politik machten, riefen allen werktätigen Katholiken zu:

„Alle Katholiken, ob arm oder reich, müssen zusammenstehen in unerschütterlicher Treue zum Schutze der gefährdeten katholischen Religion“.

Mit dem Ruf „Die Religion ist in Gefahr!“ suchte man jede Kritik der Arbeiterschaft zu überhören und unwirksam zu machen.

### „Griff nach dem Steuerrod des Staates“

Es ist durchaus kein Zufall, daß heute die Zentrumsführer für die offene kapitalistische Diktatur eintreten und daß Brünning mit dem Artikel 48 Notverordnungen erläßt, durch die die werktätige Bevölkerung in namenloses Elend gestürzt wird.

Vor einem Jahr bereits, auf dem Freiburger Katholikentag forderte Dr. Haas den „entschlossenen Griff nach dem Steuerrod des Staates“. Was mit dem „Griff“ gemeint war, wurde bald darauf deutscher formuliert auf einer Tagung der Industrieebeiräte der Zentrumspartei in Berlin. Dort forderte der Generalsekretär Dr. Fonk u. a. einen starken Abbau der Ausgaben von Reich, Staat und Gemeinde (natürlich nicht für Heer und Polizei, sondern für soziale Zwecke), eine fühlbare Milderung der überaus harten Besteuerung der gesamten Wirtschaft (damit sind die Unternehmer gemeint) und die Festlegung auf diese Maßnahmen vor Annahme des Youngplans. Er sagte dann weiter:

„Es ist sicher, daß auch die Sozialpolitik an der starken Arbeitslosigkeit ein Teil Schuld trägt. Wir als ausgesprochene Freunde des Sozialpolitik müssen das sagen. (J) Die kleinen und mittleren Betriebe leiden unter der überspannten Schematisierung in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit. Der wundeste Punkt ist nach wie vor die Arbeitslosenversicherung. Im ganzen muß nach unserer Meinung der Gedanke der Selbst- und Familienverantwortung wieder mehr in die sozialpolitische Gesetzgebung eingefügt werden. (Also, Prolet, verpasse nicht deinen hohen Lohn, dann hast du in der Zeit der Erwerbslosigkeit!)“

Die Zentrumspartei suchte schon bei der Abstimmung über den Youngplan ihre Zustimmung abhängig zu machen von der Erfüllung dieser Forderungen.

Nach der Regierung Müller, in der bereits das Zentrum entscheidenden Einfluß hatte, kam die Regierung Brüning; die Posten des Ministerpräsidenten und des Arbeitsministers wurden vom Zentrum besetzt. Diese Brüning-Regierung ging über zum Generalgriff auf die Arbeiterschaft. Auf

dem Wege der Notverordnungen und der Außerachtlassung der Mitbestimmung selbst das Parlamentes nimmt man den Arbeitern, deren Löhne nicht einmal für die notwendigsten Lebensmittel ausreichen, nimmt man den hungernden Kindern und den Massen der Erwerbslosen die letzten Mittel. Dir, christliche Arbeiterfrau, die du täglich rechest, wie du die wenigen Gelder, die dir dein Mann nach Haus bringt, einteilen kannst, dir Wohlfahrtsempfänger, der du mit 12 Mark pro Woche deine Familie ernähren muß, ja selbst dir, Arbeiterkind, das du jeden Morgen mit hungrigem Magen zur Schule gehst, ruf man zu:

### „Das Vaterland ist in Gefahr“

Darum muß jeder, also auch die Arbeiterschaft, Opfer bringen. In Wirklichkeit aber sollen selbstverständlich wieder nur die Arbeiter Opfer bringen. Die Kassen der Bankiers, der Großindustriellen und Direktoren, der Minister und hohen Beamten, der Bischöfe und preudischen Junker werden geschont, ja man gibt diesen, die ohnehin nicht wissen, wohin mit dem Gelde, noch mehr dazu. Unter der Losung: Die Industrie muß unterstützt werden, damit die Erwerbslosigkeit zurückgeht, wurde bereits die Kapitalertragssteuer gestrichen, während gleichzeitig die Kapitalisten Milliarden über Milliarden ins Ausland bringen. Nun hat die Regierung Brüning trotz des Defizits in der Staatskasse, auch für die Junker eine offene Hand. Dunder te von Millionen in Osthilfe erhalten.

Die Lasten jedoch, die man erneut den Werktätigen auferlegt, sind derart, daß ihre Lebenshaltung noch unter die eines chinesischen Kulis herabsinkt.

So wird unter anderem ein Gehaltsabbau von 2½ Prozent, genannt Reichshilfe bei den Beamten durchgeführt. Daß dieser Abbau die unteren Beamten am meisten trifft, ist selbstverständlich. Weitere Summen sollen geschafft werden durch einen Einkommensteuerszuschlag und eine Ledigensteuer. Die Ledigen werden mit einem Zuschlag von 10 Prozent zur Einkommensteuer besteuert. Das wird insbesondere die jungen Arbeiter hart treffen, die oft noch für bedürftige Familienangehörige zu sorgen haben. Die Gemeinden werden in Zukunft durch einen Zuschlag auf Getränkesteuer, auf Steuern für Bier, Kaffee, Mineralwasser usw. den Haushalt der Werktätigen weiter belasten, während diese Steuern die Herren Fabrikanten und Direktoren bei ihren Riesengehältern wenig treffen. Am schlimmsten werden die Arbeiter betroffen werden durch die sogenannte Bürgersteuer, d. h. Kopfsteuer, zu deren Erhebung insbesondere die Gemeinden mit Zentrumsverwaltung bereits übergegangen sind.

Bis zu 8000 Mark Einkommen — 6 Mark ist der Satz, den alle erwachsenen Werktätigen in Zukunft pro Jahr zu zahlen haben. Selbst Ehefrauen sollen verpflichtet werden, die Hälfte des für ihren Ehemann geltenden Satzes zu zahlen.

Rechne dir einmal aus, christliche Arbeiterfrau, wie hoch dein Haushalt belastet wird, wenn du etwa mehrere erwachsene Kinder hast. Denn selbst, wenn diese auch erwerbslos sind, müssen sie die Steuer bezahlen.

Auch die Erwerbslosenversicherung wird wesentlich verschlechtert. Deine Lohntüte, christlicher Arbeiter, zeigt wieder einen erhöhten Abzug von insgesamt 4½ Prozent. Statt daß man die Besitzenden dazu heranzieht, die fehlenden Mittel aufzubringen, erklärt der Zentrumminister Stegerwald in einer Reichstagsrede:

„Steuererhöhungen für Vermögenden und hohe Einkommen kann gegenwärtig keine Regierung vorschlagen, ganz gleich, wie sie zusammengesetzt sein mag.“



Während du aber ständig höhere Erwerbslosenversicherungs-Beiträge zahlst, gehen die Leistungen dieser Versicherung erneut zurück. Den Erwerbslosen werden die Unterstützungen dadurch gekürzt, daß die Sperrfristen auf 6 Wochen erhöht werden, daß Jügendliche unter 17 Jahren aus der Erwerbslosenunterstützung überhaupt ausscheiden und von den Eltern mit unterhalten werden müssen. Im ganzen sollen durch diese Veränderung der Erwerbslosenversicherung 100 Millionen Mark aus den Knochen der Erwerbslosen herausgeschunden werden.

#### Und wenn du krank wirst?

Selbst die Krankenversicherung wird angegriffen von derselben Zentrums-partei, die Unsummen ausgeben kann für hygienische Anstellungen in Dresden und anderen Orten. Christliche Arbeiterinnen und Arbeiter, ihr dürft in der Zentrumsrepublik nicht mehr krank werden! In Zukunft soll der Versicherte in jedem Falle zu den Arztekosten 50 Pfennig Beitrag zahlen, ebenfalls kostet in Zukunft der Krankenschein 50 Pfennig. Diese Sätze sollen in Kürze noch weiter erhöht werden. Außerdem wird in Zukunft das Krankengeld erst vom 4. Tage der Arbeitsunfähigkeit gezahlt. Krank darfst du also nur noch werden, wenn du selbst genügend Geld hast, sonst kannst du trotz allen Versicherungsbeiträgen, die du dein Leben lang bezahlt hast, ruhig ohne ärztliche Hilfe zugrunde gehen.

#### Wer bestimmt die Politik der Zentrumspartei?

Wie aber ist es möglich, daß eine Partei, die doch so viel Arbeiter ihre Stimme geben, wie das Zentrum, gegen die Interessen und gegen den Willen ihrer Wählerschaft eine solche Politik machen kann? Wer sind die Leute, die ihre Macht gewonnen haben mit dem Rufe: „Schützt die Religion!“ und nun mit den religiösen Gefühlen ihrer Anhänger so schändlichen Mißbrauch treiben?

Nicht umsonst wird das Zentrum von der revolutionären Arbeiterschaft als Klöckner-Partei bezeichnet.

#### Wer ist Peter Klöckner?

Peter Klöckner ist der eigentliche Führer des Zentrums. Er ist 27facher Aufsichtsrat, ist Chef des ausbunterischen Klöckner-Konzerns, der Millionen-Gewinne schafft, im Nordwestkampf ganz besonders brutal den Lohnraub betrieb und durch seine rigorosen Massenentlassungen große Empörung in den Kreisen der Kumpels auslöste. Dieser Klöckner beeinflusst auch die Vereinigten Stahlwerke, ist beteiligt bei dem Stahlwerkverband, der Motorenfabrik Köln-Deutz, den großen Bergmann-Elektrizitätswerken und der Wissens Eisenhütte. Er hat seine Hände im Spiel bei einer Reihe von Banken, u. a. der Dedi-Bank.

Aber neben Klöckner gibt es eine ganze Reihe Großindustrieller als führende Funktionäre der Zentrumspartei. So z. B. ist Herr ten Hompel, Leiter des Wiking-Portland-Zement-Konzerns Besitzer einer großen Reihe Zementbetriebe in Westfalen und rheinisch-westfälischer Kalkwerke. Dr. Dessauer, ein prominenter Zentrumsführer, ist ein besonderer Beauftragter der Radio-Industrie. Der bekannte Dr. Bell ist beteiligt an den rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerken und der Hütten-AG. Ein Herr Sinn ist stark beteiligt an der rheinischen Elektrizität- und Kleinbahn-AG. Nicht zu vergessen ist Herr Thyssen aus Mülheim. Auer nicht nur Großindustrie spielen eine führende Rolle im Zentrum. Das Gleiche gilt für eine

Reihe Großagrarien, die über ungeheure Besitztümer verfügen. So zum Beispiel:

Graf Ballestrem, Graf Henkel von Donnersmark, Graf Praschma, Graf Reschberg, Graf Galen, Fürst Löwenstein, Fürst Waldburg-Wollteig, Freiherr von Frankenstein, Freiherr von Haxthausen, Freiherr von Kettler, Freiherr von Twickel, Freiherr von Heersmann, Freiherr von Wendi, Freiherr von Loe usw.

Im Reichstag allein sitzen in der Zentrumsfraktion drei Vertreter von großen Industrieorganisationen, 5 Direktoren, 13 Aufsichtsräte mit insgesamt 40 Aufsichtsratsposten, 10 hohe Beamte, 16 Vertreter des großagrarischen Junkertums.

Alle diese hohen Herren schauen als Aktionäre, Schwerverdiener und Rittergutsbesitzer die von den Arbeitern erschuften Gewinne in ihre Banktresors. Diese Herren bestimmen nicht nur die Politik des Zentrums sondern auch den Inhalt der Zentrumspresse, Großgrundbesitzer und Vertreter der Konzerns sind nämlich in den Aufsichtsräten und Leitungen der Zentrumszeitungen.

Es ist eine saubere Korona, lieber Zentrumsarbeiter, die die Führung der Partei hat, der du seither deine Stimme gabst. Alle die, die auf Schlossern und Burgen, in Villen und Palästen ein sorgenloses Dasein führen, die sich an der Riviera und in den Badeorten amüsieren und dein Geld und die von dir geschaffenen Reichtümer verjubeln, all die bestimmen, welche Politik „deine“ Partei in den Parlamenten und in der Regierung durchführt. Sie vermehren auf deine Kosten ihren Reichtum.

Wundert es dich da noch, wenn diese Partei nicht deine Interessen vertritt? Wundert es dich da noch, daß der Kurs des Zentrums immer weiter nach rechts geht, daß gerade das Zentrum heute als die Partei der Diktatur im Interesse der Unternehmer und Großagrarien austritt?

#### Vaterlandsiebe ist ihnen Geschäft

Natürlich geben die Führer der Zentrumspartei nicht zu, daß sie für ihren Geldsack wirtschaften. Nein, alles dies geschieht „zu Nutz und Frommen der Religion, zur Rettung des Vaterlandes“. Aber in Wirklichkeit ist für diese Herrschaften das Vaterland genau soviel wert, wie der Katholizismus, beide schiebt man nur vor, wenn es gilt, die Arbeitermassen irrezuführen. Du, christlicher Arbeiter, hast in der Stunde der Gefahr von 1914 bis 1918 alles eingesetzt, um dein Vaterland zu schützen. Weißt du aber, wo deine Führer aus der Zentrumspartei damals gestanden haben? Die Führer betrachteten auch den Krieg, betrachteten auch die „vaterländische Ehre“ nur als ein Geschäft. Der Zentrumsführer Klöckner, der damals in seinen Fabriken Infanterieschutzschilde herstellen ließ, verkaufte diese Schilde nicht nur an die deutsche Armee, sondern auch nach Holland. Ueber Holland aber kamen sie nach Frankreich, wo sie dem Gegner zur Bewaffnung dienten. Ganz besonders betätigten die Zentrumsführer ihre „Vaterlandsiebe“ in den Jahren 1918-19. Dieselben Führer, die sich heute nicht genug tun können an vaterländischen Feiern anlässlich der Rheinlandbefreiung, kündigten auf selten der berüchtigten Separatisten, weil sie hoffen, bei der Abtrennung des Rheinlandes sich mit ihrem Besitz freizuhalten von der Bezahlung der Kriegsschulden. Interessantes darüber berichtet gerade jetzt das „Neue Volk“ der Christlich-Sozialen. Dieses Blatt schreibt:

„Gleich in den ersten Revolutionstagen 1918 erhob der Kölner Zentrumsvorsitzende, Oberpfarrer Kastert in einer großen Zentrumsversammlung die „Faust gegen Berlin“. Am 4. Dezember schrieb die „Kölnische Volkszeitung“, die in dieser



Bewegung mit ihrem Redakteur Dr. Hoerber an erster Stelle stand, daß die rheinische Republik Ausdruck des Volkswillens sei und nach Verkündigung durch maßgebende Führer verlange. Am nächsten Tage bereits wurde in einer offiziellen Zentrumsversammlung auf Grund einer Rede Dr. Hoebers gefordert, daß die anerkannten Vertreter des Volkswillens eine rheinisch-westfälische Republik in die Wege leiten sollen. („Kölnische Volkszeitung“, 3. Dezember 1918).

Der letzte Koalitionssfreund der Zentrumsführer, der Abgeordnete Sollmann, führte damals aus, daß bestimmte industrielle Kreise sogar mit dem Gedanken eines Anschlusses an Frankreich spielten. Er kam die Kölner Versammlung, die den Aufruf an das rheinische Volk beschloß. Dieser Aufruf war von den führenden Zentrumspolitikern unterschrieben, u. a. von Trimborn, Joos und Kaas. Auch nach der Erklärung der Reichsregierung, daß das Vorgehen im Rheinland als Landesverrat bezeichnet und behandelt würde, mitteln in der Beratung der Wiesmarer Nationalversammlung schrieb noch die „Kölnische Volkszeitung“ vom 17. Juli 1919:

„Unsere Stellungnahme (also die Stellungnahme der führenden Zentrumsparlei im Rheinland) gegenüber der von Dr. Dorten geleiteten Bewegung mag durch die Richtlinien gekennzeichnet sein: Getrennt marschieren, vereint schlagen.“

Die Aufrufe Dortens wurden in der Druckerei des Wiesbadener Zentrumsorgans gedruckt.

„Bist du nun davon überzeugt, christlicher Arbeiter, was du von dem Ruf: „Für Religion und Vaterland“ zu halten hast, daß dahinter weiter nichts steckt als die Geschäftsinteressen der Zentrumsführer?“

### **Und die christlichen Gewerkschaften und Arbeitervereine?**

Aber, so wirst du sagen, gibt es nicht auch die christlichen Gewerkschaften und die christlichen Arbeiter-Vereine, spielen sie nicht eine bedeutende Rolle in der Zentrumsparlei, sorgen sie nicht für die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer?

Erst kürzlich versicherte doch Imbusch auf der Generalversammlung der christlichen Bergarbeiter in Aachen, daß an einen Lohnabbau im Ruhrbergbau gar nicht zu denken sei, daß man die Lasten nicht immer auf die Arbeiter abwälzen dürfe. Das wahre Gesicht der christlichen Gewerkschaften wird dir nicht gezeigt. Weißt du überhaupt, wie die christlichen Gewerkschaften entstanden sind? Sie wurden gegründet, nachdem die freien Gewerkschaften bereits existierten, um die christlichen Arbeiter vom Eintritt in die freien Gewerkschaften abzuhalten.

„Wenn auch die christlichen Gewerkschaften die soziale Frage nicht lösen können, so werden sie immerhin vielen Christen eine Zuflucht schaffen, die sonst den sozialdemokratischen Gewerkschaften religionslos verfallen, denn irgendeine Vereinstizze braucht heutzutage jeder Arbeiter.“

So argumentierte Rudolf Meyer, einer der Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung vor dem Kriege. Auch heute ist der Hauptzweck der christlichen Gewerkschaften der, für die willige Unterordnung der Arbeiterschaft unter die Unternehmerinteressen zu sorgen.

„Denn auf der einen Seite lehnen sie grundsätzlich den Klassenkampf und Kollektivismus in jeder Form ab, auf der anderen Seite sind sie für Verträge, um friedliche Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen. Damit taktische Fehler und Ansprüche, die mit der christlichen Sittenlehre nicht übereinstimmen, vermieden werden, wünscht die Kongregation, daß die Führer der Arbeiter die Schulung der Mitglieder „im christlichen Geiste sich“ angelegen sein lassen.“

So heißt es in einem Schreiben der Konsilskongregation an die Führer der christlichen Gewerkschaften. Hier ist eindeutig festgelegt, welche Rolle die christlichen Gewerkschaften im Kampf zwischen Kapital und Arbeit, im Kampf um die Verbesserung der Lage der Werktätigen spielen sollen. Noch mehr aber sind die katholischen Arbeitervereine statt Interessenvertretungen der Arbeiterschaft bloße Missionsgesellschaften. Auf einer Tagung der katholischen Arbeiter-Internationale sagte zum Beispiel der deutsche Arbeiterführer und Zentrumsabgeordnete Lettershaus folgendes:

„Gewiß, auch die materielle Lage ist immer noch nicht befriedigend. Gewiß reicht in vielen Fällen der Lohn nicht aus, um menschenwürdig leben zu können. Gewiß wickelt noch nicht die Angst vor Arbeitslosigkeit und vor frühem Unbrauchbarwerden. Allen dieses ist richtig, das Entscheidende ist es aber nicht.“

Das heißt, die Arbeiter können ruhig ausgebeutet und zu Tode geschunden werden, wenn nur sie selbst davon überzeugt sind, „daß es zu Ehren-Gottes geschieht“. Aus dieser Einstellung ist es auch absolut verständlich, daß die Führer des Arbeitervereins an den Reichskanzler Brüning bei Beginn seiner Herrschaft Glückwunschtelegramme schickten, ihn als sozialen Betreuer priesen und versicherten, daß die Arbeiterschaft „einsehe“, daß sie Opfer auf sich zu nehmen habe. Diese Einstellung der christlichen „Arbeiterführer“ kommt auch stets bei den Wirtschaftskämpfen zum Ausdruck. Man hat zwar oft radikale Phrasen, aber hast du, christlicher Arbeiter, schon einmal erlebt, daß ein einziger Wirtschaftskampf von den christlichen Gewerkschaften im Sinne einer wesentlichen Verbesserung der Lohnverhältnisse der Arbeiter durchgeführt wurde? Im letzten großen Kampf der Metallarbeiter in der Gruppe Nordwest war es der Zentrumsführer Stegerwald als Arbeitsminister, der einen unerhörten Schiedsspruch im Sinne der Interessen der Unternehmer fällt. Die christlichen Gewerkschaften laten alles, um ein Weiterkämpfen der Arbeiter zu verhindern, sie vertriet also den Kampf.

### **Was wird mit der Sozialversicherung?**

Am besten kannst du die Rolle des Zentrums und der christlichen Gewerkschaftsführer erkennen bei ihrer Stellung zur Sozialpolitik. Immer wieder erklären zwar die Gewerkschaftsführer den empörten Arbeitern, daß an der Sozialversicherung nicht gerüttelt werden dürfe. Wie aber steht es in Wirklichkeit?

Bei allen Verschlechterungen der Sozialversicherung, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, hat das Zentrum führend mitgewirkt. Ueber das Verhalten des Zentrums in der Müller-Regierung und insbesondere jetzt in der Brüning-Regierung, haben wir bereits einiges geschrieben. Während das Zentrum im vergangenen Herbst in allen Arbeiterversammlungen, ja, auch auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Frankfurt, mit lauter Stimme verkündete, daß es gegen Verschlechterungen sei, stimmten im „Sachverständigen-Ausschuß“ des Reichstages die Vertreter desselben Zentrums dem Unterzützungsabbau zu. Ja, noch mehr, bei den Beratungen im sozialpolitischen Ausschuß erklärte der Zentrumsabgeordnete Richter, daß seiner Fraktion der vorgeschlagene Abbau noch nicht weit genug gehe und brachte darum einen eigenen Antrag ein, der einen allgemeinen, weit größeren Abbau der Unterzützungssätze bringen sollte. Dem Zentrum genügte noch nicht 'der Unterzützungseraub an den Sozialarbeitern, die Verlängerung der -uperrierten die Verlängerung der Wirtzeit, die Anrechnung der Sozialrenten auf die Unterzützungssätze, der Hinausschmif Hun ertausender aus der Erwerbslosenversicherung

durch die neue Formulierung des Begriffes „Erwerblos“, den verandlungsmäßigen Hinweis auf hunderttausender Heimarbeiter und unentgeltlich Beschäftigter und alle übrigen Schandbestimmungen. Der Antrag Riesner hatte darüber hinaus folgenden Wortlaut:

„Die Arbeitslosenversicherung für die Versicherten mit einer Aarwirtschaft bis zu 52 Wochen nach § 106a, Abs. 3, wird in der Lohnklasse 7 nach Lohnklasse 6, in der Lohnklasse 8 nach Lohnklasse 7, in der Lohnklasse 9 nach Lohnklasse 7, in der Lohnklasse 10 nach Lohnklasse 8 und Lohnklasse 11 nach Lohnklasse 8 gezahlt.“

Das heißt also, daß das Zentrum auch noch in der Berechnung der Unterstützungssätze eine ungeheure Verschlechterung wollte.

### Zum Hunger noch Hohn für die Erwerblosen

Während auf diese Weise die Zentrumsparlei und die christlichen Gewerkschaften das elende Los der Erwerblosen vergrößern, hatte die katholische Presse für die Erwerblosen Worte kalten Hohnes. So schrieb der „Clever Volksfreund“ in seiner Sonntagsbeilage vom 13. April 1930 unter der Überschrift: „Frohe Botschaft für die Arbeitslosen“ folgendes:

„Paulus hat früher gepredigt, wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Heute aber muß es heißen: wer nicht arbeitet, soll beten, wer aber nicht beten will, der soll auch nicht essen, denn er erfüllt in keiner Weise mehr die ihm von Schöpfer gestellte Lebensaufgabe. In der Tat, wer nicht arbeitet, der soll beten! Das erscheint mir der tiefste göttliche Sinn der Arbeitslosigkeit zu sein, mehr Zeit zu haben für Gott und die Seele und religiöse Betätigung.“

Was sagen die christlichen Erwerblosen zu diesem Trost? Was sagt du, christlicher Arbeiter, denn auch dir droht ständig das Los der Erwerblosigkeit? Ist es nicht Hohn, daß die Partei, die durch ihre Regierung und ihre Abgeordneten im Parlament die Lage der Erwerblosen von Woche zu Woche verschlechtert, dann in ihrer Zeitung dir einen solchen „Trost“ gibt, wie das z. B. der „Clever Volksfreund“ tut und wie wir es aus anderen Zeitungszetteln ebenfalls berichten können?

### Wo ist der Ausweg aus dieser Not?

Aber, so wirst du uns jetzt sagen, gibt es denn für uns einen anderen Ausweg? Ist es nicht am besten, durchzuhalten, bis bessere Zeiten kommen? Gibt es eine Garantie dafür, daß die Kommunistische Partei, wenn sie am Ruder ist, besser handelt? Ist nicht, so wirst du uns vielleicht sagen, in Angst und Schrecken gejagt durch die Antisowjetbetriebe, alles dies noch besser als das Chaos, das heute in Sowjetrußland herrscht?

#### Schreckensherrschaft in Rußland?

Schau hin auf die Christenverfolgungen in Sowjetrußland, so sagen dir deine Führer. Dort werden die Christen und vor allem die Priester in Scharen zu Tode gefoltert, man raubt dir die Religion. Allen Ernstes lesen wir z. B. in einer Zeitung die Behauptung des Karitas-Direktors Karle aus Eberfeld, daß in Rußland 31 Bischöfe, 1560 Priester, 16 367 Studenten, 65 878 Adlige und 355 000 christliche Bürger zu Tode gemartert worden seien. Warum diese Schauermärchen, die kein vernünftiger Mensch glaubt?

Auf diese Weise versucht man, die christlichen Arbeiter gegen Sowjetrußland aufzuhetzen. Warum veröffentlicht die Zentrumsparlei die Erklärung der russischen katholischen Kirche selbst über die angebliche Ermordung von Priestern und Bischöfen? So hat z. B. der

Patriarch Sergius, das Oberhaupt der russischen katholischen Kirche, erst vor ein paar Monaten ausländischen bürgerlichen Pressevertretern gegenüber folgende Erklärung abgegeben:

„Wir halten es für notwendig, zu erklären, daß uns die jüngste Botschaft des Papstes gegen die Sowjetunion am liebsten befremdet. Der Papst betrachtet sich als der Vertreter Christi, doch litt Christus für die Unterdrückten und Entrechteten, während der Papst durch seine Botschaft in das Lager der englischen Großgrundbesitzer und der französisch-italienischen Geldsäcke gerät. Christus hätte anders gehandelt. Er hätte dieses Abgleiten vom Wege des Christentums angeprangert. Um so befremdender ist es, daß gerade aus dem Munde des Hauptes der katholischen Kirche Anschuldigungen wegen Verfolgung Andersgläubiger zu vernehmen sind. Wir glauben, daß der Papst in diesem Falle, den alten Traditionen der katholischen Kirche zufolge, seine Herde auf dem Lande hat und dadurch Scheiterhaufen zur Vorbereitung des Krieges der Völker gegen die Sowjetunion in Brand steckt. Diese Maßnahmen des Papstes, der wir Griechisch-Orthodoxen keineswegs bedrängen, halten wir für überflüssig und unnötig. Unsere griechisch-orthodoxe Kirche können wir selbst schützen.“

Eine andere Meldung der Zentrumsparlei besagt, daß unter besonders schauerlichen Umständen der Bischof von Perm gemartert und verbrannt worden sei. Dieser Bischof von Perm aber, der heute noch in voller Gesundheit und unbehelligt seines Amtes waltet, empfing vor einiger Zeit den Besuch eines deutschen Pressevertreter und sagte ihm folgendes:

„Diese Mitteilungen entsprechen nicht der Wahrheit.

„Ich, Bischof von Perm, von der Kirche des Patriarchen Tichon, bekleide das Amt des Bischofs von Perm schon im 3. Jahre, seit dem 3. Januar 1928, und in dieser Zeit hat niemand Anstalt gemacht, mich zu verurteilen, sondern ich habe sogar keinerlei Bedrängnis in religiöser Beziehung erfahren, sowohl von privater Seite als auch von seiten politischer oder Verwaltungsorgane. Ich lebe frei in der Stadt Perm, halte Gottesdienste ab und besorge bischöfliche Geschäfte.“

### Vernichtung jeglicher Kultur in der Sowjet-Union

Der Bolschewismus aber soll auch „jegliche Kultur vernichten“. Wir glauben, daß ein Vergleich zwischen den Ausgaben, die die deutsche Regierung unter Führung des Zentrums und die russische Regierung unter Führung der Kommunisten für die Hebung der Kulturbedürfnisse der Arbeiter macht, um ein Vielfaches zugunsten der russischen Arbeiterregierung ausfällt. Der bekannte russische Fünfjahresplan bringt neben gewaltigen Schöpfungen des Verkehrs (Turksib), der Industrie und Landwirtschaft, auch ein spezielles Programm in kultureller Beziehung.

Eine besonders große Aufmerksamkeit wird dem Bau von Wohnungen zugewandt. Man baut in großem Umfang neue, modern eingerichtete und hygienisch einwandfreie Arbeiterwohnungen, man verbessert auch nach Möglichkeit die aus der Zarenzeit übernommenen Arbeiterwohnungen. 5 Milliarden Rubel werden im Laufe dieser 5 Jahre für den Bau von Arbeiterwohnungen ausgegeben, das heißt über 10 Milliarden der Mark. Diese Wohnungen wurden nicht gebaut von Privatunternehmern, damit nachher unerschwingliche Mieten ge-



nommen werden, sondern von der Arbeiterschaft gebörenden Betrieben oder Wohnungsbaugenossenschaften, damit die Mieten nach dem Einkommen der Arbeiter geregelt werden können.

Man vergleiche mit einem solchen Wohnungsbauprogramm die Baracken in Deutschland und jetzt — nach den neuesten Finanzverordnungen — die realistische Einstellung jeglichen kommunalen Wohnungsbaues, ganz abgesehen davon, daß auch die neugebauten Wohnungen wegen der hohen Mieten von Arbeitern ohnehin nicht bezogen werden können.

Neben den Wohnungen entstehen in Rußland auch täglich neue Kulturparks und Sportplätze, jede Fabrik hat ihren großen Arbeiterklub, eine Einrichtung, die sich ein deutscher Arbeiter überhaupt nicht vorstellen kann. Diese Arbeiterklubs sind guteingerichtete Gebäude, in denen der russische Arbeiter seine Freizeit zubringt. Diese Klubs enthalten unter anderem einen Theatersaal, ein Kino, Lesräume, Bibliotheken, dort können die Arbeiter Kurse mitmachen, Ausstellungen besichtigen usw. Das ist ein weit besserer Erholungsaufhalt, als ihn etwa das deutsche Wirtshaus bietet, nicht wahr?

### Es gibt: Freie Bahn dem Jüchtigen

Daß jeder an den Platz kommt, den er auf Grund seiner Veranlagung und Fähigkeit einnehmen kann, auch das ist in Rußland Wirklichkeit geworden. Der Besuch der höheren Schulen ist nicht mehr abhängig von dem Geldbeutel des Vaters. Zurzeit sind in Rußland von 159 000 Studenten der Hochschulen 25,4% Arbeiterkinder, 23,3% Bauernkinder, 41,6% Kinder werktätiger intellektueller und 9,7% aus anderen Bevölkerungskreisen.

In Deutschland aber sind ganze 2% aller Schüler an höheren Schulen Kinder von Industriearbeitern.

Auch die erwachsenen Arbeiter haben in Rußland noch die Möglichkeit, höhere Schulen zu besuchen. 1928 betrug die Zahl der Schüler auf Arbeiterkulturschulen 25 000.

Für den weiteren Ausbau der Arbeiterklubs und anderer kultureller Einrichtungen sind im Fünfjahrplan 16272 Millionen Rubel eingesetzt. Vergleiche bitte, christlicher Arbeiter, solche Leistungen der russischen Arbeiterregierung für den kulturellen Aufstieg der werktätigen Bevölkerung mit der Lage in Deutschland. Wir brauchen darüber nicht zu schreiben. Du weißt selbst am besten, wie der täglich sinkende Lohn und die täglich wachsende Sorge es dir mehr und mehr unmöglich machen, an die Befriedigung kultureller Bedürfnisse zu denken. Längst bist du nicht mehr in der Lage, Konzerte und Theater zu besuchen, dir ein gutes Buch zu kaufen, etwa gar zu reisen oder die Natur zu studieren.

#### Die Familie zerstört?

In Rußland, so sagt man dir, soll auch mit Gewalt jedes Familienleben unterdrückt werden. Die Zentrumspresse behauptet einstimmig, daß dort das Leben in Familiengemeinschaften nicht mehr gestattet sei und daß man die Menschen in großen Kasernen zusammenpferche. Greuliche Geschichten von freier Liebe werden aufgeschicht.

Nun haben deutsche Arbeiter in großer Zahl im Auftrage ihrer Kollegen Rußland bereist. Aber von einer derartigen Zerstörung der Familie haben sie nichts gesehen. Glaubt ihr, daß sich derartiges verbergen ließe? Wahr ist nur, daß in den großen Arbeiterwohnvierteln zentrale Waschküchen geschaffen wurden und die Frau Arbeit abzumachen, daß große zentrale Mittagsküchen bestehen, in denen schmackhaftes Essen gekocht wird, damit nicht jeder einzelne verpflichtet ist, unter vielen Umständen selbst das Mittagsmahl zu bereiten, daß auch sonst durch eine Reihe maschineller

Einrichtungen der Arbeiterfrau viel Arbeit abgenommen wird, sie also mehr Zeit als früher behält für die Erziehung der Kinder, für die Mitarbeit in der Gemeindeverwaltung und für Teilnahme am kulturellen Leben.

Ein bekannter deutscher Architekt, der Stadtbaurat Mai aus Frankfurt a. M., ist vor wenigen Wochen mit 18 der besten deutschen Architekten im Auftrage der Sowjetregierung nach Rußland gefahren, um dort den Bau neuer moderner Arbeiterwohnungen zu leiten. Während in Deutschland das Wohnungsbauen eingestellt wird, holt die Sowjetregierung die besten Kräfte aus dem Ausland, um Neues zu schaffen.

### Für Familie, Mutter und Kind

Auch die vorbildliche Fürsorge für Mutter und Kind läßt nicht darauf schließen, daß in Sowjetrußland Verhältnisse bestehen, wie sie von der Zentrumspresse verbreitet werden. In keinem kapitalistischen Lande wird auch nur annähernd soviel für Mutter- und Kinderschutz getan, wie in der Sowjetunion. Jede Arbeiterin hat in der Sowjetunion zwei Monate vor und bis zwei Monate nach der Geburt eines Kindes vollbezahlten Urlaub, der nicht nur auf dem Papier steht, sondern streng eingehalten wird. Bei der Geburt des Kindes selbst wird ebenfalls aufs Beste gesorgt. Arzt, Hebammen und Pflege stehen der Arbeiterfrau kostenlos zur Verfügung. Jedes Kind erhält bei seiner Geburt vom Staat eine vollkommene Säuglingsausstattung. Geht die junge Mutter wieder an die Arbeit, so hat sie Gelegenheit, das Kind in der auf beste eingerichteten Krippe ihrer Fabrik während der Arbeitszeit unterzubringen. Dort kann sie das Kind regelmäßig säugen und erhält während der 7-tägigen Arbeitszeit für diesen Zweck 4 mal eine Viertelstunde Pause. Jede Krippe hat einen Arzt und geschultes Pflegepersonal. Die Mutter erhält dort auch Belehrung über richtige Behandlung des Säuglings und über die Erhaltung der eigenen Gesundheit im Interesse des Kindes. Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß die Mütter ihre Kinder tatsächlich selbst nähren. Auch in späteren Jahren hat die Mutter stets die Möglichkeit, ihr Kind, solange sie arbeitet, in gute Hände zu geben, während bei uns in Deutschland die Zeitungen täglich voll sind über furchtbare Unglücksfälle, die sich mit aufsichtlosen Kindern zuge tragen haben. Auch in Deutschland gibt es 11 Millionen erwerbstätige Frauen, darunter viele verheiratete und Witwen. Fragt sie selbst, was sie darum geben, wenn in Deutschland auch nur annähernd solche Einrichtungen beständen, wie wir sie hier aus der Sowjetunion berichten. Wenn wir noch hinzufügen, daß man sich in diesen russischen Kinderheimen alle Mühe gibt, damit sich die Bande zwischen Mutter und Kind nicht lockern, dann erkennst du, wie ungeheuerlich die Lügen über die Zerstörung der Familie in der Sowjetunion sind.

Welches Interesse aber hat das Zentrum an diesem Lügenfeldzug gegen die Sowjetunion? Man will die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern vom Nachdenken abhalten; sie könnten sonst veranlaßt werden, bei dem Kampf gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter denselben und einzig erfolgreichen Weg zu gehen, den die russischen Arbeiter gegangen sind. Das Zentrum will mit allen Mitteln einen Keil zwischen die christlichen Arbeiter und ihre kommunistischen Klassengenossen treiben, denn die Zentrumsführer fürchten, daß du eines Tages ihre Politik satt wirst und gemeinsam mit uns gegen diese Ausbeuterordnung kämpfst.



## Auf dem Wege zum Faschismus

Deshalb geht man auch heute schon dazu über, nicht nur wirtschaftlich die Arbeiter zu erdrücken, sondern sie politisch zu erstickeln. Selbst die primitiven Scheinrechte des parlamentarischen Systems werden beseitigt. Das Zentrum schließt ein offenes Bündnis mit dem Faschismus. In Italien hat sich die katholische Kirche mit Mussolini ausgesöhnt und mit ihm ein Bündnis geschlossen. In Oesterreich macht der Führer der katholischen Partei, der Prälat Seipel, gemeinsame Sache mit den faschistischen Heimwehren. In Deutschland ist es das Zentrum, das mit dem § 48 regiert und zur führenden faschistischen Partei geworden ist. Bereits Anfang April 1930 schrieb das Zentralorgan der Zentrumspartei, die „Germania“:

„Die Brüning-Regierung hat den festen Willen, das dringend notwendige Sanierungswerk (!) mit oder ohne den Reichstag durchzuführen.“  
Am 28. März schrieb dieselbe Zeitung:

„Man mag von den demokratischen Idealen noch so sehr überzeugt sein, in der Praxis ist der Demokratie auf die Dauer nicht zu helfen.“  
Zu einem Buche von Bataglia über den „Prozeß der Diktatur“ schrieb die „Germania“:

„Die örtlich und zeitlich begrenzte Existenzberechtigung der Diktatur ist nicht zu leugnen, ebenso wenig die Möglichkeit positiver Erfolge der Diktatur.“

Es ist ganz offenbar, daß die Zentrumspartei im Auftrage der deutschen Kapitalistenklasse auch in Zukunft alle demokratischen Kollisen fallen lassen wird, wenn es darauf ankommt, Maßnahmen zu ergreifen, um auf Kosten der weiteren Verelendung der Arbeiter die Profile der Kapitalisten sicherzustellen.

Der Zentrumsführer Stegerwald forderte verschiedentlich, daß so wie in Italien, der Streik verboten sein solle und den Schlichtungsinstanzen diktatorische Vollmachten übertragen werden sollten. In der „Germania“ schreibt ein Dr. Luf in einem Artikel über die Notverordnung Brüning, „wir schließen mit dem Hinweis, daß Mussolini in seiner Autobiographie als seine größte Leistung die Sanierung der öffentlichen Finanzen Italiens bezeichnet hat. Er hat Recht, etwas derartiges zu sagen.“

Faktisch bestand aber Mussolinis „Sanierung“ in der blutigsten Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung, der brutalsten Aufbündelung von indirekten Steuern auf die Massen und in einer Kreditpolitik, die die kleinen Existenzen zugunsten des Finanzkapitals ruinierte. Und das soll das Musterbeispiel sein, nach dem die Brüning-Regierung Deutschland zu regieren gedenkt. Man spricht bereits in aller Öffentlichkeit davon, daß das Wahrecht verschlechtert werden soll, ja, auch der nächste Reichstag wird nach Hause geschickt werden, wenn er sich nicht bedingungslos den Wünschen der Brüning-Diktatur fügt, so sagt sogar Josef Wirth. Der Jesuit Friedrich Muckermann aber schrieb wörtlich folgendes:

„Es wird entweder ein arbeitsfähiges Parlament geben oder das letzte Parlament der Weimarer Zeit. Es wird sich entscheiden, ob die Anwendung des Artikels 48 in die Aera eines erneuten Parlamentarismus hinein-, oder aber aus der Aera eines heruntergewirtschafteten Parlamentarismus überhaupt herausführt.“

Das ist klar, entweder ein Parlament, das 100prozentig den Wünschen der Kapitalisten in Deutschland gerecht wird, das bedingungslos alle Maßnahmen gutheißt zur weiteren ungeheuerlichen Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung, oder aber faschistische Diktatur mit den Zentrumsführern an der Spitze.

## Denkt an 1914 18, ein neues Völkermorden droht

Aber nicht nur Vorbereitung verächterter Ausbeutung ist der Sinn der faschistischen Diktatur gegen die Arbeiter, sondern die Errichtung dieser Diktatur und die Hetze gegen die Sowjetunion gelten auch insbesondere den Vorbereitungen für einen neuen imperialistischen Krieg. Dasselbe Zentrum, das 1914 zum imperialistischen Kriege aufrief, das von 1914-18 ohne Mitleid zuzah, wie Millionen und aber Millionen Menschen gemordet und noch viel mehr zu Krippelein gemacht wurden, wie Frauen und Kinder hungerten, dasselbe Zentrum ist dabei, zusammen mit der gesamten Bourgeoisie der Welt einen neuen Krieg von noch viel größerem Umlange vorzubereiten, um das Proletariat endgültig unter die Krute zu zwingen. Nicht umsonst rüsten die kapitalistischen Länder um die Wette. Nicht umsonst ist gerade die deutsche Zentrumspartei bemüht, ständig neue Summen für den Wehretat zu bewilligen.

Während noch im Jahre 1924 die Gesamtausgaben für Heer und Flotte 458,5 Millionen Mark betragen, werden 1930 trotz ungeheurer Not der Massen für den Wehretat 713,5 Millionen Mark ausgegeben.

Während für Millionen Arbeitslose, Krisenunterstützungs- und Wohlfahrtsempfänger nur karge Hungerunterstützungssätze übrig sind, bewilligte das Zentrum neben diesen 713,5 Millionen Mark für den Panzerkreuzer A die fantastische Summe von 80 Millionen Mark. In einer Zeit, in der für hunderttausende Arbeiterfamilien in Deutschland Hunger, Verzweiflung und Elend ständiger Gast sind, bewilligte das Zentrum im laufenden Etatsjahr 1930 an offenen und geheimen Ausgaben für Rüstungen die ungeheure Summe von 1.215,6 Millionen Mark.

Nicht umsonst werden täglich und gerade in der deutschen chemischen Industrie neue Giftgase erfunden, gerade in Deutschland Flugzeuge neuester Konstruktion gebaut. Hinter der Hetze der bürgerlichen Presse und insbesondere der Zentrumzeitungen gegen die Sowjetunion stehen bereits die Kanonen, und nur der großen Friedensliebe der Sowjetunion und der Hingabe, mit der die russische Arbeiterschaft und die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern an ihrem Sowjetstaat hängen, ist es zu danken, daß nicht schon ein neuer Weltkrieg ausgebrochen ist.

Aber lange wird er nicht mehr zu verhindern sein, wenn es nicht gelingt, auch euch, ihr christlichen Arbeiter, in die Front gegen den Imperialismus einzubeziehen.

## Erkenne deine wirklichen Freunde

Christliche Arbeiterin! Christlicher Arbeiter! Willst du, daß immer neue Lasten auf deine Schultern gelegt werden?

Willst du zusehen, wie deine Kinder hungern und an Krankheit zugrunde gehen?

Willst du widerstandlos Erwerbslosigkeit und weitere Verschlechterung der Sozialpolitik erdulden?

Sollen durch die ungeheure Zoll- und Steuerpolitik alle Lebensmittel und Gegenstände, die du in deinem Arbeiterhaushalt brauchst, weiter verteuert und für dich immer unerreichbarer werden?

Soll das geschehen, damit die Kapitalisten in Deutschland und auch die Führer des Zentrums, die Klöckner, Thyssen und Konsorten, neue Milliarden-Profitte einheimssen, verprassen oder ins Ausland verschicken?

Willst du dich von neuem in einen imperialistischen Krieg hetzen lassen, und sollen darin Millionen deiner Klassen-genossen und auch du gemordet und zum Krüppel geschossen werden?

Soll auch in Deutschland unter Assistenz der Zentrumsführer der Faschismus siegen und die Arbeiterchaft ganz verklavt werden?

Willst du weiter wie seither diese Entwicklung möglich machen, deine religiösen Gefühle mißbrauchen lassen, indem du dem Zentrum deine Stimme gibst?

Willst du nicht endlich erkennen, daß man nicht zweien Herren dienen kann, dem Mammon und den Arbeitern?

Es gibt keine Partei, die die Interessen der Kapitalisten und gleichzeitig die Interessen der Arbeiter vertreten könnte. Entweder — oder! Die Zentrumsführer sind 100-prozentige Vertreter dieser kapitalistischen Ausbeuterordnung. Du hast mit ihnen und ihren Interessen nichts gemein. Komm zu uns, ehe es zu spät ist, ehe du mit deiner Familie zugrunde gehst. Wenn wir gemeinsam kämpfen, werden wir die Drohnen besiegen, und wir werden Luft und Licht zum Leben haben. Bekenne dich zu dieser gemeinsamen Front aller Ausbeuteten gegen die Ausbeuter, schlag ein in die Hand, die wir kommunistischen Arbeiter dir kameradschaftlich entgegenstrecken!

Wähle am 14. September Kommunisten — Liste 4!

---

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Fladung, Düsseldorf. / Für den Verlag  
Verlagsanstalt der proletarischen Freidenker, Berlin.  
Für den Druck: Peuvag, Berlin, Druckereifiliale Düsseldorf, Kölner Str. 44

